

Zu diesem Heft

Finanzialisierung und Entwicklungspolitik

Spätestens seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise von 2007/2008 ist „Finanzialisierung“ zum geflügelten Wort geworden. Der Begriff beschreibt einen Prozess sowie eine in den 1970er Jahren einsetzende Phase des Kapitalismus. Diese ist charakterisiert durch die Dominanz von Finanzmarktakteuren im globalen Akkumulationsregime. Dabei wird unter anderem der rapide Aufstieg von neuen Akteuren des Finanzsystems betont, etwa Hedge- und Pensionsfonds, die nicht zuletzt dank der neoliberalen Politik der Deregulierung und Privatisierung sowie weltweit wachsender Vermögensungleichheit in die Lage versetzt wurden, riesige Geldsummen über den Erdball zu schieben. Dies hat gleichzeitig eine Zentralisierung auf wenige Firmen der globalen Vermögensverwaltung zur Folge.

Obwohl es innerhalb der (kritischen) Sozialwissenschaften inzwischen eine Fülle an Literatur zu dem Thema gibt, sind Beiträge zum Zusammenhang von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik insbesondere in der deutschsprachigen Literatur rar. Dabei wäre es nicht übertrieben zu behaupten, dass Entwicklungsfinanzierung seit einigen Jahren einem grundlegenden Wandel unterliegt. Insbesondere im Kontext der Finanzierung der nachhaltigen Entwicklungsziele bestehen Entwicklungsministerien, multilaterale Entwicklungsinstitutionen, philanthropische Stiftungen und Finanzinstitute darauf, dass die Ambitionen der internationalen Staatengemeinschaft nur durch privates (Finanz-)Kapital und marktbasierende Finanzierungsmechanismen erreicht werden können. Seit einigen Jahren werben die Weltbank und andere führende Akteure der internationalen Entwicklungspolitik unter dem Slogan „Maximizing Finance for Development“ dafür, das Potenzial der Finanzmärkte zu nutzen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen. Statt auf die steuerbasierte Finanzierung durch die internationale Staatengemeinschaft in Milliardenhöhe zu setzen, soll die staatliche Entwicklungsfinanzierung vielmehr genutzt werden, um ein Vielfaches an Kapital von privaten Unternehmen und institutionellen Fonds anzulocken. Für diese wiederum gibt es gute Gründe, in die Finanzierung entwicklungspolitischer Projekte und Programme einzusteigen. Denn laut Weltbank belaufen sich die Gewinnaussichten in so genannten Entwicklungsländern auf ca. 12 Billionen (10¹²) US\$, beispielsweise durch Beteiligungen an

Infrastrukturprojekten, Investitionen in das Gesundheits- und Bildungssystem oder in die Landwirtschaft. *Daniela Gabor* beschreibt in ihrem Stichwort den Wandel zur politischen Strategie der marktbasierter Entwicklungsfinanzierung in Anlehnung an die Grundideen des (Post-)Washington-Konsenses als „Wall-Street-Konsens“. Dieser zielt darauf ab, Entwicklungsprojekte als attraktive Vermögensanlage für globale Investoren zu gestalten, indem Staaten Investitionsrisiken absichern und Portfolioinvestitionen fördern. Weil diese Strategie die Abhängigkeit von (Finanz-)Märkten als Krisenbearbeitung und Weg zu nachhaltiger Entwicklung fest schreibt, werden alternative und transformative Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels und anderer Krisen verhindert. Auch steigen das Verschuldungsrisiko sowie die Abhängigkeit von institutionellen Investoren, nicht zuletzt weil Zinsen bedient, Investitionsausfälle über öffentliche Gelder kompensiert oder die Volatilität der Kapitalströme verkraftet werden müssen. Zudem erschwert die marktbasierter Schuldenfinanzierung erheblich mögliche Programme der Entschuldung. Die Auswirkungen sind in der gegenwärtigen Schuldenkrise, die in vielen Ländern des Globalen Südens durch die Covid-19-Pandemie erheblich verstärkt wurde, sichtbar.

Neue Finanzprodukte und -praktiken haben zum rapiden Aufstieg internationaler Finanzmärkte wesentlich beigetragen. Innovative Produkte, bspw. Derivate, ermöglichen es, dass nicht nur die Vermögenswerte im eigenen Besitz, sondern auch die mit ihnen verbundenen Marktrisiken wie die Veränderung von Zinsraten, Aktienwerten oder Rohstoffpreisen gehandelt werden können. Andere Finanzinstrumente, die im Zuge der Subprime-Krise in den USA bekannt wurden, etwa die Verbriefung von Krediten, eröffnen beispielsweise die Möglichkeit, Schuldtitel, z.B. Immobilien-, Studien-, oder Mikrokredite, in gebündelter Form als Vermögenswerte an Investoren weiterzuverkaufen. Dass beide Innovationsformen nicht nur hohe Profitmöglichkeiten in sich bergen – und damit zur weltweiten Ungleichheit beitragen –, sondern das globale Finanzsystem insgesamt instabiler werden lassen, zeigen zahlreiche Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte. *Jenny Simon* schildert im Stichwort „Verbriefung“, was hinter diesem grundlegenden Prozess steckt und warum dieser die Ausbreitung und Vertiefung von Finanzmärkten ermöglicht. Sie zeigt auf, wie solche Finanzmarktdynamiken konzeptionell verstanden werden können und welche Auswirkungen Verbriefung von sozialer Infrastruktur, etwa der Gesundheitsversorgung in Ländern des Globalen Südens, haben kann.

Die weiteren Artikel entwerfen unterschiedliche Perspektiven auf das widersprüchliche und krisenhafte Verhältnis von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik. Einige übergeordnete Fragen lauten dabei: Warum

und wie setzt sich der Finanzialisierungstrend im Globalen Süden trotz teilweise heftiger und wiederkehrender Krisen weiter fort? Welche kolonialen Geschichten und Verstrickungen stecken in der Ausbreitung von Finanzmärkten? Was zeichnet die internationale Unterordnung von postkolonialen Staaten im globalen Geld- und Finanzsystem aus und welche Spielräume für progressive Politiken gibt es? Wie hängt die Expansion von Finanzmärkten mit geopolitischen und geökonomischen Interessen zusammen und welche Rolle spielen deutsche staatliche Institutionen bei ihrer Durchsetzung?

Mit der rapiden Zunahme des Einflusses privater Finanzmarktakteure in peripheren Ländern verstärkten sich bereits bekannte Zielkonflikte – zum Beispiel zwischen sozialökologischen und entwicklungspolitischen Zielen auf der einen Seite und Logiken der Effizienz, der „bankability“ und des „return on investment“ für vormals öffentliche Infrastruktur oder öffentliche Kreditvergaben auf der anderen Seite. Vermeintliche Win-Win-Lösungen, wie Risikominimierungsprogramme und Investorenschutzstrategien, resultieren in wachsender Abhängigkeit von großen Entwicklungsbanken und privaten Finanziers. *Carsten Elsner, Franziska Müller, Manuel Neumann und Simone Claar* untersuchen vor diesem Hintergrund die Energiewende in Sambia und diskutieren an diesem empirischen Beispiel, in welcher Form und mit welchen Effekten sich „de-risking“-Strategien, d.h. Maßnahmen, die ausländischen (Finanz-)Investitionen den Weg ebnen sollen, manifestieren. Anhand zweier transnational durchgeführter Energieprojekte demonstrieren sie die mit diesen Projekten einhergehende Marginalisierung sambischer Unternehmen und zeigen, wie dies eigene grüne Wertschöpfungsketten verhindert, die Abhängigkeit von ausländischen Investoren erhöht und damit Sambias politische Selbstbestimmung über grüne Transformationspfade erheblich einschränkt.

Die Rolle von Staaten in der Finanzialisierung der Entwicklungspolitik beschränkt sich nicht allein auf die Übernahme von Risiken. Insbesondere Länder der kapitalistischen Zentren wie Deutschland forcieren die Vertiefung direkt und indirekt. So zählen Institutionen wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder die Europäische Investitionsbank (EIB) zu den zentralen Akteuren, die Verbindungen zwischen Entwicklungspolitik und globalem Finanzwesen suchen. Bereits vor dem Ausbruch der letzten großen Finanzkrise war die Bundesregierung führend – zunächst innerhalb der G7/8, später innerhalb der G20 – daran beteiligt, Finanzmärkte in so genannten Entwicklungsländern zu vertiefen und Investitionen auch in diesen Ländern für Finanzmarktakteure attraktiver zu machen. Der 2017 unter G20-Präsidentschaft Deutschlands verabschiedete „Compact with Africa“ ist in diese Bestrebungen

einzuordnen. Die KfW gilt zudem im internationalen Vergleich mit anderen Entwicklungsbanken als Wegbereiter marktbasierter Entwicklungsfinanzierung. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich *Frauke Banse* mit den aufkommenden afrikanischen Anleihemärkten in Lokalwährung. Dabei arbeitet sie zunächst heraus, weshalb diese Anleihemärkte ein zentrales Element für das allgemeine Vorhaben der Vertiefung peripherer Finanzmärkte und damit wichtiger Baustein jeder weiteren marktbasierter Entwicklungsfinanzierung sind. Im Zuge dessen diskutiert sie auch die politischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen dieser Anleihemärkte. Darauf aufbauend widmet sie sich der im Vergleich zu anderen einzelstaatlichen Akteuren herausragenden Rolle deutscher Institutionen bei der Etablierung dieser Anleihemärkte in Afrika und fragt nach den dahinterliegenden Interessenlagen. Der Artikel diskutiert die These, dass deutsche Kapitalfraktionen ein Interesse an vertieften peripheren Finanzmärkten haben, um eigenes Überschusskapital zu verwerten und neue Märkte zu erschließen.

Ein weiteres zentrales Feld, in dem sich Finanzmärkte und Entwicklungspolitik zunehmend verschränken, ist das der „finanziellen Inklusion“. Diese Entwicklungsstrategie strebt an, „arme Haushalte“ in das formelle Finanzsystem einzubinden, etwa über den Zugang zu Mikrokrediten, Versicherungen für Ernteaufschläge oder digitalen Zahlungsdiensten. Die GIZ und andere Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind in die Beratung, Finanzierung und Umsetzung entsprechender Programme involviert. Gerade im Zuge von Austeritätspolitik, stagnierenden Löhnen und chronischer Substanzkrisen geht die Expansion von Finanzdienstleistungen jedoch mit einer „Finanzialisierung sozialer Reproduktion“ einher, in der subalternen Klassen den Zugang zu sozialer Infrastruktur meist nur über chronische Verschuldung organisieren können. *Anil Shah* untersucht die kolonialen Wurzeln dieses gegenwärtigen Trends am Beispiel Indiens und zeigt dadurch blinde Flecken der Debatten um finanzielle Inklusion auf. Er beschreibt, wie Prozesse der finanziellen Inklusion und Exklusion seit dem 19. Jahrhundert entscheidend sowohl durch die britische Kolonialherrschaft als auch durch konflikthafte kapitalistische (Klassen-)Verhältnisse geprägt wurden.

Auch wenn das Mikrofinanzwesen in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder in (lokale) Krisen geriet und mit gewaltsamen Rückzahlungsmethoden, Schuldenfallen und Suiziden von Kleinbauern und -bäuerinnen in Verbindung gebracht wurde, ist es nach wie vor ein Wachstumsmarkt, der auch für internationale Investoren attraktiv ist. In diesem Zusammenhang untersucht *Paula Haufe*, wie sich indische Mikrofinanzmanager gegenüber der anhaltenden Kritik am Mikrofinanzwesen diskursiv zu immunisieren versuchen. Sie ermittelt deren Subjektpositionen und zeigt, wie die eigene

professionelle Rolle gegenüber Kritik abgeschirmt wird und tiefgreifende Probleme des Mikrofinanzwesens als vernachlässigbar abgetan werden. Diese subjektive und doch verallgemeinerbare Verarbeitungsweise kann als stabilisierendes Element innerhalb der Mikrofinanzindustrie und neoliberaler Entwicklungspolitik allgemein gedeutet werden.

So genannte Schattenbanken, also Institutionen wie Vermögensverwalter, Pensionsfonds, Versicherungen oder Hedgefonds, werden in ihren institutionellen Dynamiken und in ihrer rapide gewachsenen Rolle als allgemeine Kreditgeber meist nur in Hinblick auf die USA, Großbritannien und anderen OECD-Staaten untersucht. *Juvaria Jafri* zeigt, dass die Expansion des globalen Schattenbankensystems eng mit internationaler Entwicklungspolitik und dem globalen Geldsystem zusammenhängt. Am Beispiel des pakistanischen Bankensystems veranschaulicht sie, wie inländische Geschäftsbanken durch die internationale Währungshierarchie in ihrer Kreditvergabe beschränkt sind. Mikrofinanzinstitute hingegen können durch den Zugang zu überschüssiger Liquidität internationaler Finanzmärkte heimische Finanzierungslücken temporär schließen. Diese als inklusives Finanzwesen propagierte Strategie geht jedoch auf Kosten des „policy space“ von postkolonialen Staaten, riskiert es, sowohl globale als auch nationale Ungleichheiten zu vertiefen und spiegelt neokoloniale Muster wider.

Das Interview mit *Ilias Alami* führt schließlich wieder zur globalen Ebene und zum Leitgedanken des Wall-Street-Konsenses. In dem Gespräch wird der aktuelle Zusammenhang von Geopolitik, Finanzialisierung und Entwicklungspolitik historisch kontextualisiert und die Frage diskutiert, inwiefern dieser den Imperialismus des 21. Jahrhunderts auszeichnet. Dabei werden unter anderem auch Dynamiken der aktuellen Schuldenkrise im Kontext der COVID-19-Pandemie sowie die Rolle des Staates in der marktbasierteren Entwicklungsfinanzierung und Debatten rund um „Staatskapitalismus“ besprochen.

Die Beiträge in diesem Heft eint eine kritische Perspektive auf die globale politische Ökonomie, in der das Verhältnis von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik als Teil kapitalistischer Entwicklung und post-kolonialer Staatlichkeit verortet und kritisiert wird. Die Artikel untersuchen dabei vor allem alte und neue Abhängigkeiten und Widersprüche, die mit der zunehmend dominanten Strategie der marktbasierteren Entwicklungsfinanzierung einhergehen. Das methodische und theoretische Spektrum der Artikel versucht, eine gewisse Bandbreite der kritischen Debatte abzubilden, und reicht von keynesianisch inspirierter Makroökonomie, politökonomischen Fallstudien und historisch-materialistischer Kolonialgeschichte bis zu post-strukturalistischer Diskursanalyse. Wir hoffen mit diesem Schwerpunkt

weitere Forschungen und Debatten an der Schnittstelle von Finanzialisierung und Entwicklungspolitik zu inspirieren.

Außerhalb des Schwerpunktes nimmt *André du Pisani* den zumindest vorläufigen Abschluss der Verhandlungen zwischen der namibischen und der deutschen Regierung über Konsequenzen des in Namibia von der deutschen Schutztruppe verübten Völkermordes an Ovaherero und Nama zum Anlass, die Legitimität des Verhandlungsformats und damit auch des Resultats kritisch zu untersuchen. Schließlich greift *Reinhart Kößler* das verbreitete Reden über „Normalisierung“ als Leugnung der Krisenerfahrung und Rechtfertigung eines riskanten „weiter so“ angesichts der Herausforderungen vor allem der Klimakrise auf.

Abweichend von der ursprünglichen Planung wird sich die letzte Ausgabe des aktuellen Jahrgangs dem Thema „COVID-19: Globale Solidarität?“ widmen. Den 42. Jahrgang wird dann eine Doppelnummer über „DDR Postkolonial“ eröffnen. Dem schließt sich ein Heft zu „Möglichkeiten und Grenzen der Weltsystemtheorie zum Verständnis globaler Ungleichheiten“ an. Darüber hinaus planen wir Ausgaben über „Internationalismus“, „Bildung als Entwicklungsversprechen“ und „Digitalisierung als Lösungsstrategie für die Probleme des Globalen Südens“. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge sehr willkommen. Sobald sie veröffentlicht werden, finden sich die entsprechenden *Calls for Papers* auf unserer Homepage.

Schließlich danken wir allen Leser:innen, Abonent:innen sowie den Mitgliedern der *Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.*, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*. Unsere größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Eine für die langfristige Sicherung des Projekts besonders willkommene Förderung stellt die Mitgliedschaft im Verein dar, in der das Abonnement der Zeitschrift, die Möglichkeit eines kostenlosen Online-Zugangs zu allen Ausgaben sowie regelmäßige Informationen über die Redaktionsarbeit enthalten sind. Wir freuen uns aber auch über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie im Impressum.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements einen Link zu unserem Verlag sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.